



SPD-STADTVERORDNETENFRAKTION DARMSTADT

SPD-Fraktion-Postfach 11 14 02-64229 Darmstadt

Wissenschaftsstadt Darmstadt
Büro der Stadtverordnetenversammlung
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Birgit Pörtner
Im Carree 3
64283 Darmstadt

SPD-Stadtverordnetenfraktion Darmstadt

Wilhelminenstr. 7a
64283 Darmstadt

Fon: 06151 – 2 79 02 75

Fax: 06151 – 2 79 02 71

info@spdfraktion-da.de

www.spdfraktion-da.de

Antrag

Beteiligung für Profis – Ortsbeiräte für Darmstadt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In allen Stadtteilen sollen demokratisch gewählte Ortsbeiräte etabliert werden, die frühzeitig bei stadtteilbezogenen Vorhaben beteiligt werden. Hierfür wird der Magistrat beauftragt, eine Satzung zur Beteiligung der Ortsbeiräte auszuarbeiten, und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Ortsbeiräte in Darmstadt sollen folgende Rechte erhalten:

- Antragsrecht an die Stadtverordnetenversammlung in allen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk angehen
- Entscheidungsrecht für Angelegenheiten, die in einer Geschäftsordnung für Ortsbeiräte zu regeln sind. Dazu zählen unter anderem Standortentscheidungen oder Entscheidungen zum Unterhalt des öffentlichen Raums gelten.
- Anhörungsrecht zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk betreffen einschließlich der Haushaltsberatungen und großer Infrastrukturmaßnahmen. Dazu zählen auch Maßnahmen zur weiteren Bürgerbeteiligung. Eine abweichende Entscheidung zu dem Votum des Ortsbeirates durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung muss begründet werden.
- Recht auf Stellungnahme zu Angelegenheiten, die ihm von der Stadtverordnetenversammlung oder dem Magistrat vorgelegt werden.
- Informationsrecht zu allen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk betreffen.
- Recht auf frühzeitige Beteiligung im Rahmen von Bauleitplanverfahren.
- Ein eigenes Budgetrecht und Entscheidung über die Verwendung der ihm zur Verfügung gestellten Dispositionsmittel für die Unterhaltung von Wegen, Straßen, Plätzen und Grünanlagen sowie zur Förderung der örtlichen Gemeinschaft im Ortsbezirk entsprechend den haushaltsrechtlichen Bestimmungen.
- Möglichkeit der Anhörung von Sachverständigen, Einwohnern des Ortsbezirks und Vertretern der Verwaltung.
- Recht auf Anfragen an den Magistrat bzw. die Verwaltung.

Damit die Ortsbeiräte ihre Rechte wahrnehmen können, erhalten Sie zwei Budgets. Das erste Budget dient der Wahrnehmung der Entscheidungsrechte zur Stadtteilgestaltung. Das zweite Budget dient der administrativen Unterstützung der Ortsbeiräte bei der Wahrnehmung ihrer weiteren Rechte wie die Erarbeitung von Stellungnahmen sowie bei der Information der stadtteilbezogenen Öffentlichkeit.

Begründung:

Darmstadt befindet sich im Wandel. Ob große Infrastrukturprojekte, die Ausweisung von neuen Bauflächen oder die Reorganisation sozialer Dienstleistungen – die Veränderungen werden unsere Stadt für die nächsten Jahrzehnte prägen. Umso wichtiger ist es, heute kluge Weichenstellungen zu treffen, damit sich Darmstadt sozial gerecht und ökologisch nachhaltig entwickeln kann. Genauso wichtig ist es, die Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des Wandels zu beteiligen. Das erhöht nicht nur die Legitimität politischer Entscheidungen, sondern verbessert auch die Qualität der Ergebnisse.

Gerade bei dieser Aufgabe scheitert die grün-schwarze Stadtregierung regelmäßig. Demonstrationen vorm Stadtparlament, Unterschriftenlisten an Infoständen für Bürgerbegehren und offene Beschwerdebriefe an den Oberbürgermeister gehören mittlerweile zum politischen Alltag in Darmstadt. Oft werden die Menschen zu spät oder gar nicht beteiligt. Aufschreie aus der Bürgerschaft gab es schnell bei der Bebauung des Bürgerparks, bei Überlegungen zur Abholzung des Eberstädter Waldes, bei den Planungen für zwei große Gewerbegebiete im Darmstädter Norden, beim Bau einer Straßenbahn nach Weiterstadt, bei der Verlegung des Betriebshofs von Heag Mobilo, bei Verdichtungsmaßnahmen in der Heinestraße und der Lauteschlägerstraße oder beim Errichten eines Funkmastes in der Villenkolonie. Die Liste lässt sich weiter fortführen.

Zwar existieren Leitlinien für Bürgerbeteiligung – an diese hält sich die Stadtregierung aber selbst oft nicht, wie das Beispiel Aldi Markt in Arheilgen gezeigt hat. Dort beehrten die Bürger und die SPD eine Bürgerbeteiligung nach den Statuten, die der Magistrat ablehnte. Gerade bei kontroversen Projekten wird Bürgerbeteiligung konsequent missachtet. Es fehlt eine verbindliche, nachhaltige Struktur für die Bürgerbeteiligung vor Ort.

Daher fordert die SPD einen neuen großen Wurf für die Bürgerbeteiligung in Darmstadt. Bereits vor zwei Jahren hat die SPD auf ihrem Parteitag die Einführung von Ortsbeiräten in Arheilgen, der Heimstättensiedlung, der Waldkolonie und Weststadt, Bessungen und Eberstadt gefordert. Darüber hinaus wollen wir in allen neun Stadtteilen Ortsbeiräte etablieren.

Ortsbeiräte sind über Wahlen demokratisch legitimiert. Ortsbeiräte schaffen Transparenz und Teilhabe, indem sie sich mit dem befassen und das aufgreifen, was die Bürgerinnen und Bürger vor ihrer Haustür direkt interessiert und stört. Sie tragen zu einer höheren Identifikation mit dem Stadtteil und dem engeren Lebensraum bei, weil sie eine direkte Teilhabe und Mitwirkung ermöglichen und einfordern. Sie tragen zur Meinungsbildung bei, weil sie sich mit örtlich relevanten Bauvorhaben und Planungsleitlinien auseinandersetzen können. Und schließlich werden durch sie Diskussionen demokratisiert und versachlicht.

Die Einrichtung von Ortsbeiräten in allen neun Stadtteilen stellt damit eine echte Alternative zur sektoralen Bürgerbeteiligung der Stadtregierung dar. Die Stadtregierung beteiligt Menschen in Stadtteilforen und Informationsveranstaltungen, wenn sie politisch wenig zu befürchten hat. Die SPD will dagegen flächendeckende, demokratisch legitimierte und dauerhaft institutionalisierte Bürgerbeteiligung in Form von Ortsbeiräten. So können wir die Herausforderungen einer wachsenden Stadt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort meistern.

Darmstadt, 15.06.2020

Michael Siebel
(Fraktionsvorsitzender)

Tim Huß
(Stadtverordneter)